

Die Fachgruppe Realschulen fordert die Auflösung des gegliederten Schulsystems!

Die Landesfachgruppe Realschulen lehnt das von m. Demmer favorisierte „Zwei Säulen Modell“ ab. Hierzu wurde auf der LDV am 23./24.11. der folgende Beschluss gefasst!

Die FG RS lehnt ein zweigliedriges Schulsystem, sowohl als Übergangslösung mit dem Ziel „eine Schule für alle“ als auch als grundsätzliches Konzept ab. Die FG fordert den Landesvorstand auf, auch auf der Bundesebene sich ausschließlich für die Auflösung des gegliederten Schulsystems einschließlich des Gymnasium einzusetzen und eine gemeinsame Schule für alle Schülerinnen und Schüler bis Klasse 10 zu fordern.

Begründung:

Die zurückgehenden Schülerzahlen und die damit verbundene Bestandsgefährdung vieler Hauptschulen führt derzeit zu einer heftigen Diskussion über mögliche Schulsystemkonzepte.

Die Lösung wird sowohl von weiten Teilen der SPD als auch den Grünen in der Zusammenlegung von HS und RS gesehen, auch wenn die Bezeichnung der Schulform unterschiedlich gewählt wird – Regionalschule in Schleswig-Holstein, Einheitsschule in NRW etc. Entscheidend ist, das Gymnasium wird nicht angetastet.

(Schleswig-Holstein)

Selbst Befürworter der Gemeinschaftsschule wie die ehemalige grüne Stadträtin und jetzige Hauptschulleiterin Karla Werkentin finden, dass die Koalition eine große Chance vertue, wenn sie sich einseitig um die Gemeinschaftsschule kümmere. Denn dadurch gingen fünf Jahre ins Land, in denen sich nichts Grundsätzliches bei den Hauptschulen ändere. Sie plädiert dafür, dass die Hauptschulen schon 2007 keine Schüler mehr aufnehmen. Stattdessen sollten sie mit Gesamt- und Realschulen zu einer „Sekundarschule“ fusionieren, neben der es dann noch Gymnasien gäbe.

Handlungsbedarf gibt es besonders bei Hauptschulen. Hauptschulen müssen in Schulen mit einem breiteren Leistungsspektrum übergehen. Sei es, dass die Hauptschulen selbst mehr Bildungsgänge eröffnen, sei es, dass sich Haupt- und Realschulen zusammenschließen. In Berlin ist durchaus ein zweigliedriges Schulsystem anzustreben.

Sybille Volkholz, ehemalige Bildungssenatorin der Grünen

Mit der Gemeinschafts- bzw. Einheitsschule an Pilotschulen vollziehen die derzeit Verantwortlichen den Rückfall in eine ideologisch bestimmte Bildungspolitik: antigymnasial, antibürgerlich, antileistungsorientiert. Das ist eine Kampfansage an die Hauptstadt und die Bedeutung attraktiver Schulen.

Eva-Maria Kabisch, Abteilungsleiterin a.D. in der Senatsschulverwaltung

Neben dem Gymnasium soll eine Schulform installiert werden, die weitgehend von der Wissenschaftsorientierung und Fächerstrukturierung abgekoppelt ist, dafür berufs- und lebensorientiert sein soll. Die Einteilung der Schülerschaft in solche, die wissenschafts-orientiert lernen und solche, die mit „Kopf, Herz und Hand“ lernen, unterstellt zwei Begabungstypen, die keiner wissenschaftlichen Untersuchung standhält.

Diese Unterscheidung beinhaltet systemimmanent, dass die Distanz zwischen den Schulformen und damit auch die Undurchlässigkeit größer wird, als es gegenwärtig der Fall ist, wo die RS sowohl den Schülern, die in den Beruf gehen, als auch denen, die in die Sek II des allgemein bildenden Gymnasiums gehen, eine Perspektive bietet.

Unter der Bedingung der schulformbezogenen Bildungsstandards und der sich daran auszurichtenden Qualität von Schule wird die zusammengelegte Haupt- und Realschule nicht nur ihren Schülern keine gymnasialen Bildungsangebote und Fördermöglichkeiten anbieten können, sie wird sogar das Qualitätsniveau der jetzigen RS nicht halten können. Mit der Zweigliedrigkeit wird also die Krise der HS nicht gelöst, sondern nur die Krise von HS und RS vorbereitet. In einem Schulsystem, dass selektiv ist, – und das ist in jeder Form der Zweigliedrigkeit der Fall – in dem die Bildungsgänge über Lebenschancen entscheiden, entscheidet die Bildungsbeteiligung der Eltern über den Bestand einer Schulform. Dass dabei die Eltern die Schule abwählen, die für ihre Kinder geringeren Lebenschancen bietet, zeigt die Krise der HS. Nirgendwo wird heute jeder Schüler, der möchte, vom Gymnasium aufgenommen, dort gefördert und zu einem Abschluss geführt. Da die beiden Schulformen eben nicht gleichwertig sind, wird die zusammengelegte HS/RS deshalb zuständig sein für Kinder aus sozial schwachen Familien, Kinder mit Migrationshintergrund, schlechten Deutschkenntnissen und Verhaltensschwierigen. Man kann davon ausgehen, dass diese HS/RS bald ähnliche Akzeptanzprobleme haben wird wie heute die Hauptschule.

Derzeit ist zu beobachten, dass Teile der GEW glauben, über eine Zweigliedrigkeit zu einer Schule für alle kommen zu können. Wer so denkt, verkennt die politische Realität, die lediglich pragmatische Lösungen eines in der internationalen Kritik und in der Krise befindlichen Bildungssystems sucht, ohne den Kerngedanken der Selektion preisgeben zu müssen. Die Zweigliedrigkeit zementiert das hierarchische gegliederte System ignoriert alle internationale Ergebnisse und führt zu den beschriebenen Folgen.

Deshalb wird der Landesvorstand aufgefordert auch auf der Bundesebene auf eine Lösung unter Einbeziehung aller Schulformen hinzuwirken.